Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163. | Dresden, Mittwoch den 17. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Was die Blamagen der militärischen Autoritäten kosten.

th. Wien, 16. Juli.

Daß die Lust zum Essen mit dem Essen kommt, gilt von niemand sicherer als vom Militarismus. Das neue Wehrgesetz hat den Friedensstand der österreichisch-ungarischen Monarchie um 100 000 bis 120 000 Mann erhöht und sein Jahresbudget um gut 128 Millionen gesteigert. Und das unmittelbar nach der Annexionskrise und nach der Bewilligung der Dreadnoughtkredite, die zusammen 600 Millionen Kronen betrugen. Es sollte einstweilen genug sein, besonders wenn man bedenkt, daß neben den ständigen Ausgaben für die Wehrreform einmalige in der Höhe von 136 Millionen laufen. Aber anders als in anderen Köpfen malt sich im Kopf des Thronfolgers die Welt. Er hat vor anderthalb Jahren vom damaligen Kriegsminister Schönaich 475 Millionen zur Erneuerung der Armee gefordert und als dieser bei den Delegationen im vorigen Jahre einen Vertrag auf fünf Jahre erwirkte, wonach in dieser Frist — d. h. von 1910 an gerechnet — die jährlichen Auslagen allmählich um 100 Millionen wachsen und in den gleichen fünf Jahren 100 Millionen einmalige Mehrkosten aufgebracht werden sollten, höhnte er über den „elenden Brocken" und trieb den „Bescheidenen" wie einen Verräter aus dem Heere.

So klug war nun freilich sogar der Thronfolger, während das Schicksal der Wehrvorlage in den Parlamenten schwankte, von seinen ferneren Plänen zu schweigen. Allein kleine Affären kündigten das drohende Gewitter an. Er unternahm mit dem Kriegsminister eine Reise nach Südtirol, ins Gebiet seiner ständigen Kriegsvorbereitungen. Die nächste Folge war der Sturz des in Innsbruck kommandierenden Erzherzogs Eugen, der ebenso wie der gleichfalls entlassene Schwiegersohn des Kaisers, Leopold Salvator, der militärischen Expansionspolitik Franz Ferdinands Widerpart gehalten hatte, was beide vielleicht nur aus persönlichen Gründen taten. Wie nun die Wehrvorlagen parlamentarisch verabschiedet waren, fielen die letzten Schleier. Das dem neuen Kriegsminister von Auffenberg dienende Blatt, die Neue Freie Presse, brachte — zwei Tage noch vor der Verlautbarung der kaiserlichen Sanktion der Gesetze — eine Reihe von Artikeln, in denen „Fachmänner" aus dem Kriegsministerium erklärten, es müßten schleunigst 275 Millionen für Rüstungen aufgebracht werden; diese forderte jetzt der Kriegsminister in den gemeinsamen Ministerkonferenzen, in denen die österreichischen, die ungarischen und die gemeinsamen Minister den Etat für die Delegationen beraten.

Die geforderte Summe ist erstaunlich, aber wie erstaunlich erst ihr Gegenstand. Der Fachmann des Kriegsministeriums behauptet, die Gebirgskanonen mit 7 Zentimeter Mündungsweite, Modell 1899, die Feldhaubitzen, nicht nur die mit 15 Zentimeter Rohrweite, sondern auch die Zehn-Zentimeter-Feld- und Gebirgshaubitzen, Modell 1899, deswegen die ganzen Festungs- und Belagerungsgeschütze durch Stahlgeschütze neuester Konstruktion zu ersetzen, sei die erste und oberste Pflicht der Kriegsverwaltung und so dringend, daß jeder Aufschub Gefahr für die Wehrfähigkeit beinhalten würde. Nun aber erwäge man, daß ein großer Teil dieser Modelle erst in den Jahren seit der Annexionskrise, seit 1908, an die Armee ausgegeben wurde. Daß man für diese Geschützarten unter gewaltigen Kosten neue Truppenformationen geschaffen hat! Und jetzt erklärt das Kriegsministerium durch seinen Fachmann, sie seien veraltet und kaum brauchbar gewesen schon zur Zeit ihrer Aufstellung! Man hatte sie also bloß in Gebrauch genommen, um durch Schaffung neuer Truppenkörper weitere Geschützreformen zu erpressen!

Doch so ungeheuerlich das klingt, es ist bloß eine Kleinigkeit, verglichen mit dem anderen Geständnis desselben Fachmannes des Kriegsministeriums, daß auch unsere Acht-Zentimeter-Feldgeschütze, Modell 1905, durchaus minderwertig seien. Die neuesten Schnellfeuergeschütze minder brauchbar als die älteren Modelle anderer Staaten! Und wie soll dies möglich sein? Sie bestehen aus Schmiedebronze, allein die Schmiedebronze ist trotz der neuesten Verbesserungen dennoch außer Stande, jene hohen Spannungen und die hohen Temperaturen der Stichflammen der Pulvergase, wie sie die neuen Pulversorten erzeugen, zu ertragen. Deshalb können die wirkungsvollsten Pulversorten bei den österreichisch-ungarischen Bronzegeschützen gar nicht angewendet werden und diese entsenden ihre Geschosse bloß mit 492 bis 496 Meter Anfangsgeschwindigkeit, während die Anfangsgeschwindigkeit der ausländischen Modelle 100 Meter höher ist. Daher, so schließt der Gewährsmann des Kriegsministeriums, müßte man auch die Feldgeschütze sofort durch neue ersetzen. Da sie aber selbst erst ausgeteilt wurden, da noch eine Unzahl von Rohren in den Magazinen liegen, die an die beiden Landwehren erst ausgeteilt werden sollen, so müsse man notgedrungen mit der Abschaffung des eben erst Angeschafften noch eine Weile warten.

Kennt man indes die Unzulänglichkeit der Feldgeschütze erst heute? Durchaus nicht, man kannte sie schon, als man mit der Erzeugung im großen anhub; aber man fühlte sich gebunden, weil der damalige Kriegsminister bereits große Kupfervorräte aufgekauft und eine eigene Gießerei um 1,3 Millionen Kronen erbaut hatte, übrigens beides ohne parlamentarische Bewilligung und unkonstitutionell. Man gab aber natürlich nicht 300 Millionen Kronen aus um 1,3 Millionen, sondern um den militärischen Fachautoritäten die Blamage zu ersparen. Und mit Berufung auf diese heute so und morgen so urteilenden Autoritäten hat man im Wehrgesetze das Prinzip der zweijährigen Dienstzeit durchbrochen und möchte jetzt weitere 275 Millionen aus dem Gelde der Steuerzahler erpressen! Ja, durch den Bewilligungseifer der Abgeordneten ermutigt, wollte die österreichische Regierung ohne mit der Wimper zu zucken alle Wünsche, auch die allerneuesten, der Kriegsverwaltung zugestehen, aber Lukacs, der ungarische Kriegsminister, der Genosse des Polizei-Tisza, rief sein Halt, erinnerte an das den Delegationen feierlich gegebene Wort, an das fünfjährige Ausgabenprogramm. Selbst die Tisza-Mehrheit hat noch mehr Haltung gegenüber den Militärs als unsere Bewilligungspatrioten! Indes mehr als einen Aufschub auf ein Jahr haben wir nicht gewonnen, das lassen die Blätter des Herrn Lukacs selbst durchmerken. Der Thronfolger steht als treibende Macht hinter diesem wie hinter jenem Rüstungswahnsinn. Wer möchte das Schicksal Schönaichs teilen! Nach einem Jahr Gejammer über unsere Rückständigkeit kommen die allerneuesten Haubitzen, gleich darauf die allerneuesten Feldgeschütze.

Die Militär-Diktatur in Zürich.

r. a. Zürich, 16. Juli.

Wer zurzeit auf den internationalen Züricher Hauptbahnhof will, muß einer Militärpatrouille sein Billett vorweisen. Wer das nicht kann, wird unweigerlich zurückgewiesen! Wer in einer Prozeßsache zum Richter will, steht während des Verhandelns zwischen zwei Soldaten, die dort mit aufgepflanztem Bajonett Wache stehen. Wer auf der Sparkasse, der Kantonalbank, auf der Justizdirektion usw. zu tun hat, — überall steht er zwischen den Säbeln und Flinten der Miliz! Wer als Gewerkschaftler eine Versammlung veranstaltet — Militärs solche unter freiem Himmel sind seit der Anwesenheit des Militärs eo ipso verboten! — steht während der Dauer der Versammlung unter der Aufsicht des Militärs! Wer die Badener Straße, die Kasernen- oder Militärstraße passieren will, sieht sich alsbald umringt von Militär, das dort besonders eifrig jede Ansammlung zu verhindern hat, weil dort viel Arbeiter wohnen.

Soweit hat es das Unternehmertum gebracht! Die Regierung ist sein Hausknecht geworden, und das eine sozialistische Mitglied der Regierung „arbeitet positiv mit!" Die Regierung hat bereits erreicht, daß der Stadtrat untertänigst um das Truppenaufgebot ersuchte und die vier sozialistischen Stadträte halten sich, wie einer der ihren im Stadtrate öffentlich mitteilte, verpflichtet, dem „Befehl" der Regierung in bezug auf das Verbot der Streikposten, nachzukommen! Der Stadtrat hat am Tage nach dem ruhig verlaufenen Generalstreik in blinder, lächerlicher Wut aus dem partiellen ein totales Streikpostenverbot gemacht und die sozialistischen Stadträte erklären, daß der Beschluß „einmütig gefaßt" worden sei —

Ein allerliebstes Genrebildchen aus dem demokratischsten Lande der Welt, als das sich Zürich gern bezeichnen läßt. Und weshalb das alles? Weil die Arbeiter zum ersten Male gewagt haben, den bisher fruchtlosen parlamentarischen Weg zu verlassen und gegen einen skandalösen Mißstand sich mit dem Mittel der Arbeitsverweigerung zur Wehr zu setzen. Nichts anderes ist passiert. Oder doch etwas: eine schwere Ausschreitung, die eine Verhaftung eines ganz besonders rohen Patrons nötig machte. Dieser hatte einen Flugblattverteiler roh mißhandelt, unter den Augen der Polizei. Aber eine Militärpatrouille nahm den Burschen fest, führte ihn auf die Militärwache und da — entpuppte sich dieser Ausschreiter als ein Kantonspolizist! Der wachhabende Offizier war wütend, daß er an dem ersten Verhafteten, auf den „man" so lange gewartet, nicht sein Mütchen kühlen konnte.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Regierung das Militär nur deshalb aufgeboten hat, um die Unternehmer zu ermuntern, die Arbeiter durch die Aussperrung zu „bestrafen". Erst unter dem Schutze des Militärs, das konstatiert auch die Arbeiterunion, unternahmen die Kapitalisten den Racheakt der Aussperrung. Und sie erreichte mit der Mobilmachung zugleich, daß die Bauern, wütend darüber, daß ihre Söhne und Knechte vom Felde weg in die Kaserne geholt wurden, nunmehr Zeter und Mord gegen die verdammten Streiker schreien und drohen, den Stadtrat von Zürich abzusetzen und ein völliges Streikverbot im Kantonsrat (Landtag) zu erzwingen! Daneben betreibt die bürgerliche Presse eine derart schamlose Hetze gegen die Arbeiter, vor allem gegen die ausländischen und die städtischen (die trotz der Gefängnisandrohung fast bis auf den letzten der 9000 Mann mitgestreikt haben), daß auch die wütendste Hetze der ostelbischen Junker dagegen verblaßt. Tatsächlich hat die Regierung daraufhin bereits den Präsidenten der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Stadtverordneten Schaffroth, verhaften lassen. Aus blinder Wut heraus, denn Sch. war einer derjenigen, die am eifrigsten gegen den Generalstreik waren! Ebenso hat sie den Aktuar der Schweizer Parteileitung, Genossen Platten, verhaften lassen, weil die Hetzpresse es verlangt hatte. Die Regierung treibt es derart toll, daß, wenn zwei Leute sich auf der Straße treffen, der eine den andern fragt, ob er noch nicht den Kopf der Regierung gefunden habe. Denn daß sie ihn verloren, sieht auch der letzte einsichtige Bürger ein.

Trotz alledem lassen sich die Arbeiter nicht aus der Ruhe bringen. Sie, die am Freitag ein Interesse daran hatten, daß möglichst viel Arbeiter auf der Straße waren, sie lassen sich jetzt gar nicht sehen, machen Ferien, fliegen zu Tausenden in die Berge, so daß Polizei und Militär in der Stadt nicht wissen, was sie vor Langeweile anfangen sollen. Nichtsdestoweniger steht im Kasernenhof an der Militärstraße fortwährend ein Aufgebot von 800 (!) Milizen mit aufgepflanztem Bajonett, das sich von jedem Vorübergehenden auslachen oder bemitleiden lassen muß. Sogar die Spießer betrachten es mit zweideutigen Blicken, sintemalen das Militär trotz der vorsichtigen Auslese ganz und gar nicht „zuverlässig" ist. Montag kam es innerhalb einer Mannschaft zum Streik, weil einer der Bauernlümmel sich unverschämt gegen die Arbeiter ausgelassen hatte. Es wurde ihm von seinen Kameraden deren der Standpunkt klar gemacht, daß er das Frechsein für immer vergessen wird. Wenn nicht die Arbeiter am Dienstag wieder an die Arbeit gingen, könnte man vielleicht interessante Proben aufs Exempel machen. . . . .

Die Arbeiterunion zwingt jetzt die Regierung, Farbe zu bekennen: Sie hat sie schriftlich ersucht, die gewerbegefährlichen unter den Hitzebrüdern auszuweisen, sintemalen die Regierung ja Streikende, die nur einen Streikbrecher schief ansehen, ebenfalls auszuweisen pflege. Außerdem solle sie die Truppen zurückziehen, damit man Einigungsversuche anbahnen könne. Solange die Truppen da seien, könne man an Einigung ja sowieso nicht denken usw. Darauf muß nun die Regierung antworten.

Die größeren Gewerkschaften treffen bereits ihre Vorkehrungen für Dienstag: Die Unternehmer, noch nicht zufrieden mit der Aussperrung und ärgerlich darüber, daß die Arbeiter sie so gemütlich hingenommen haben, planen eine gehäßige Auslese unter denen, die sich zur Arbeit melden werden. Das wird dann einen Kampf gegen Maßregelungen geben. Sicher ist — und das ist das einzige, was zurzeit klar zu übersehen ist —, daß die Arbeiter am Freitag ihre große Macht kennen gelernt haben und daß sie fest gewillt sind, sie bei allernächster Gelegenheit wieder zu benützen. Aber dann wollen sie nur den Beginn nicht das Ende des Generalstreiks vorher bekanntgeben. . . .

•

Zürich, 16. Juli. (W. T.-B.) Die gestern verhängte Durchsuchung des Volkshauses führte heute nacht zu Volksauftäufen. Die Aussperrung ist heute beendet.

Generalstreik in Genf?

Genf, 16. Juli. In einer gestern abend im Volkshause abgehaltenen Versammlung, an der fast die Gesamtheit der hiesigen Arbeiterschaft teilnahm, steht auch für Genf der Generalstreik in Aussicht. Die Versammlung hieß einstimmig den Kampf bis zum Aeußersten gut. Die Vorstände aller dem Baugewerbe angehörenden Syndikate beschlossen die Abhaltung einer Versammlung, in der die Eventualität des Generalstreiks zur Sprache kommen soll.

Deutsches Reich.

Sammlung in Preußen.

Der in Duisburg mit Zentrumshilfe in den Reichstag gewählte ehemalige Jungliberale und Kulturkämpfer Dr. Heinrich Pötziger veröffentlicht im Tag einen Artikel: „Die nächsten preußischen Landtagswahlen", worin er in recht lebhaften Farben die Verlegenheiten schildert, denen der Nationalliberalismus bei diesen Wahlen preisgegeben sein wird.

Vieles ist Herrn Pötziger noch dunkel, klar ist ihm nur eines: Der Liberalismus im allgemeinen und der Nationalliberalismus im besondern darf um Gottes willen bei den Landtagswahlen in keiner Form mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen. Schon der bloße Gedanke, daß die Fortschrittspartei bei den Klassenwahlen mit den Sozialdemokraten kooperieren könnte, macht ihn heiß, auf die bloße Möglichkeit hin, daß er zu einer solchen Kooperation kommen könnte, greift er die Fortschrittspartei lebhaft an. Ihr Verhalten bei den Reichstagswahlen erscheint ihm „wie ein Stück aus einem Schelmenroman". Herr Pötziger glaubt seiner Partei für den Fall, daß sie den Lockungen der bösen Fortschrittsbuben folgte, mit einer Verschärfung des altnationalliberalen Kummels drohen zu müssen, indem er ihr warnend zuruft:

> Die Vorgänge nach der Präsidentenwahl und der Sturm im Lande haben den Nationalliberalen dargetan, daß wenigstens sie besser keine Fortschritte in der Ueberwindung der Raschen machen, wenn ihnen der Bestand ihrer politischen Partei am Herzen liegt.

Also im Zeichen der „Rotscheu", der Sammlung gegen die Sozialdemokratie, müssen auch die preußischen Wahlen stehen, sonst wird die ganze nationalliberale Bude kaputtgeschlagen.

Solche Sammlungspolitik kann im Preußen des Dreiklassenwahlrechts natürlich nicht mit dem Hinweis auf eine drohende starke Zunahme der sozialdemokratischen Mandate begründet werden. Auch Pötziger muß zugeben, daß die Sozialdemokratie aus einem etwas weniger knechtseligen Verhalten des Liberalismus „keinen unmittelbaren Vorteil" ziehen würde. Aber, da Herr Pötziger einmal die Rotscheu zum allein seligmachenden Prinzip der liberalen Politik erhoben hat, kann es ihm auch so nicht an Gründen fehlen. Dem roten Teufel darf man nun nicht einmal den kleinen Finger reichen. Denn:

> Der Erfolg der Sozialdemokratie liegt hier hauptsächlich in der Zerbröckelung des bürgerlichen Selbstbewußtseins und Widerstandes.

Also auch bei den preußischen Landtagswahlen, bei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG